

10.000 Patienten warten in Deutschland auf ein Spenderorgan - doch es gibt keine einfachen Lösungen

Ich muss gestehen, dass mir allein die Formulierung „Organe werden entnommen“ einen Schauer über den Rücken jagt. Ein – bestenfalls toter – Mensch wird aufgeschnitten, und man entnimmt ihm oder ihr gesunde Organe, um diese anderen Menschen, die schwer krank sind, einzusetzen und damit ihr Leben zu retten. Was ja erstmal etwas Gutes ist.

Aber so einfach ist es eben nicht. In Zeiten, in denen Schwarz-Weiß-Denken in Deutschland wieder hoch im Kurs steht, sind die Experten auf dem *Twitter*- oder *Facebook*-Stammtisch mit einfachen Lösungen und klaren Meinungen leicht bei der Hand. Ich selbst frage mich schon länger, ob ich meine Organe spenden würde, sofern einige noch brauchbar wären und ich wirklich tot bin, wenn sie entnommen werden. Aber nicht einmal das, kann mir jemand verlässlich versprechen. Immer wieder kommt es vor, dass Menschen von Ärzten für hirntot erklärt werden und dann plötzlich und unerwartet aufwachen. Und weiterleben. So wie 2012 eine 19-jährige Dänin, die nach einem Autounfall schwer verletzt in die Uniklinik in Aarhus eingeliefert wurde. Die Oberärztin wurde damals in Medien zitiert:

„Sie hat eine sehr schwere Hirnverletzung. Falls sie überlebt, dann mit so schweren Behinderungen, dass sie für immer ein schwerer Pflegefall sein wird.“

Der verzweifelten Mutter sagte die Medizinerin, dass es keinerlei Hirntätigkeit mehr gebe. Wörtlich:

„Es schaut schlimm aus, und für ihre Tochter kann ich nur hoffen, dass sie nicht überlebt.“

Die Eltern willigten ein, dass die Herz-Lungen-Maschine abgestellt wurde. Doch Carina atmete selbständig weiter und begann leise zu jammern. Ein Arzt untersuchte die junge Frau und stellte fest, dass ein ungewöhnlicher Bruch im Schädelboden dafür gesorgt hatte, dass der Druck im Hirn ausgeglichen wurde und kein Hirntod eintreten konnte. Carina wurde operiert und konnte drei Wochen später das Krankenhaus verlassen in ihr völlig normales junges Leben.

Keine Verschwörungstheorie, sondern alles bestens belegt. Das dänische Fernsehen sendete eine Dokumentation über den Fall, der an ein echtes Wunder grenzt. Ein Einzelfall? Experten widersprechen, aber natürlich passiert so etwas auch nicht jede Woche. Wo ist also die Grenze? Wie hoch liegt die Messlatte dessen, was man für einen guten Zweck riskieren darf?

Wie sicher ist ein Hirntot feststellbar? Wie sicher ist, dass ein hirntoter Patient, dem Organe „entnommen“ (was für ein furchtbares Wort) werden, auch wirklich hirntot ist? Wer prüft die Motive der Angehörigen, die eine solche Entscheidung stellvertretend treffen? Und überhaupt: Sollten Menschen nicht grundsätzlich sowohl natürlich entstehen als auch auf natürliche Art diese Welt wieder verlassen, wie Christen hier einwänden würden?

Solche Fragen können nicht mal einfach so entschieden werden. Da sind viele Aspekte, die in der öffentlichen Diskussion viel zu kurz kommen, wie zum Beispiel das Geschäft mit dem Tod. Der Handel mit

Organen ist ein gewatiges Geschäft. Der illegale weltweite noch viel mehr, aber auch der legale in Ländern wie unserem. Geht es allen Profiteuren wirklich nur darum, menschlich zu handeln? Oder geht es um Bankkonten?

Keine leichte Frage, über die die Abgeordneten des Deutschen Bundestages jetzt entscheiden werden. Die Frontlinien verlaufen kreuz und quer, die Debatte wird leidenschaftlich sein, was man nicht immer vom Hohen Haus sagen kann. Aber hier geht es eben um Leben und Tod, nicht mehr und nicht weniger. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) hat das Gesetz eingebracht, seine Kollegin Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) hat angekündigt, gegen Spahns Entwurf zu stimmen.

Und ein Wort noch zu Jens Spahn, der seit Monaten viel gescholten wird, einfach weil er viele Probleme anfasst, um die sich schon seine Vorgänger hätten kümmern müssen. In Deutschland warten derzeit 10.000 Patienten auf ein Spenderorgan, im Durchschnitt sterben jeden Tag zwei, drei Menschen in Deutschland, weil sie kein passendes Organ bekommen. Das ist die andere Seite. Ein Bundesgesundheitsminister muss sich darum kümmern, Lösungen zu finden und vorzuschlagen, denn jeden Tag schreiben ihm Bürger, deren nächste Angehörige, deren Kinder im Sterben liegen und die dringend Hilfe brauchen. Und sie schreiben: „Tun Sie etwas, Herr Minister, um mein Kind zu retten...!“

Eins noch: Gebe ich später Organe von mir frei, wenn sie gebraucht werden? Ich weiß es ehrlich noch nicht. Aber klar ist auch, wenn ich das tue, will ich das selbst und bewusst entscheiden und auf keinen Fall durch eine Widerspruchsregelung zur...Entnahme... freigegeben werden.

Die Schatten von Weimar sind immer deutlicher zu erkennen

Im 40.000-Einwohner-Städtchen Kamp-Lintfort am Niederrhein (NRW) hat Bürgermeister Christoph Landscheidt (SPD) einen Waffenschein beantragt. Immer wieder sei er von Rechtsradikalen massiv bedroht worden, und um fähig zur Notwehr zu sein und seine Familie verteidigen zu können, brauche er eine Waffe. Der Antrag wurde abgelehnt. Aber der Vorgang wirft ein Schlaglicht darauf, was in diesem Land inzwischen los ist. Und die Angriffe auf Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker oder Andreas Hollstein, den Bürgermeister von Altena, sind unvergessen.

Was tun, wenn der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft immer mehr zerbricht.? Was tun, wenn der antitotalitäre Konsens der demokratischen Parteien praktisch nicht mehr existiert. Die Bundesrepublik, das vereinigte Deutschland ist nicht Weimar – diesen Satz hätte ich noch vor einem Jahr ohne Zögern unterschrieben. Aber heute? Es ist atemberaubend, wie rasend sich diese Gesellschaft zum Negativen verändert.

Natürlich, das Lohnniveau ist vergleichsweise hoch, die Sozialsysteme funktionieren noch erstaunlich gut. Im Jahr 2018 hat es so viele Neuanmeldungen für SUV-Autos in Deutschland gegeben wie nie zuvor. Man kann also wirklich nicht sagen, dass es uns Deutschen materiell in der Breite schlecht geht. Wer das nicht glaubt, der möge sich anderswo in der Welt umschaun!

Aber die Verachtung des Staates und seiner Repräsentanten, der sinkende Respekt vor denen, die den Laden am Laufen halten, vor Rettungskräften, Notärzten, Feuerwehr und Polizei oder der Justiz insgesamt sind ein schrilles Alarmklingeln.

Josef Kraus hat in einem lesenswerten [Beitrag](#) 2018 bei *Tichy's Einblick* zurecht beklagt, dass die SPD den antitotalitären Grundkonsens aufgekündigt hat. Schlimm genug, aber Grüne und Linke gehörten nie dazu zu diesem Konsens. Von jeher machten zumindest Teile dieser Parteien immer wieder aktionsbezogen – sowas wie in der Politik eine „Projektregierung“ – gemeinsame Sache mit den Feinden unserer Gesellschaftsordnung. Die SPD zog dann nach und zeigte nach Links kaum noch irgendwelche Berührungängste. Und nun sind auch Teile der Union auf diesem Weg, wie jeder erkennen kann, der Zeitung liest. Gemeinsame Demonstrationen gegen Rechts – sprich: gegen AfD – mit CDU- und „antifa“-Beteiligung finden immer häufiger statt wie jüngst in Salzgitter. Ist ja für die „gute Sache“, und viele Teilnehmer spüren gewiss ein wohliges Kribbeln, wenn sie 75 Jahre nach dem Ende der Nazi-Barbarei auch mal so richtig gefahrlos „Widerstandskämpfer“ darstellen können.

Wer ein bisschen in den Geschichtsbüchern gelesen oder wenigstens im Schulunterricht aufgepasst hat, der kann die Parallelen zur Weimarer Republik nicht übersehen. Sie denken, ich übertreibe? Klar, uniformierte Horden von Rechts und Links liefern sich noch keine offenen Straßenschlachten wie damals. Aber schauen Sie sich an, was in diesem Land wieder möglich ist!

Denken Sie an den Mord am Regierungspräsidenten Walter Lübcke, mutmaßlich begangen von einem Rechtsextremisten wegen der liberaler Flüchtlingspolitik des CDU-Politikers. Denken Sie an die Morde der sogenannten NSU an Ausländern, die hier gut integriert lebten. Oder vergangenes Jahr, der Antisemit, der in Halle eine Synagoge stürmen wollte (was Gott sei Dank scheiterte) und dann wahllos zwei Menschen erschoss aus blindem Antisemitismus. Antisemitismus, wie wir ihn zunehmend in Deutschland wieder erleben müssen – in rechten Kreisen ebenso wie auf der Linken oder bei Islamisten, wenn Sie an den alljährlichen *Al-Quds-Marsch* in Berlin denken, wo unverhohlen dem Hass auf Israel und „die Juden“ gefrönt wird. Oder denken Sie an die ritualisierten Mai-Krawalle in Berlin und Hamburg, denken Sie an Leipzig-Connewitz – ach ja, da war ja angeblich die Polizei schuld.

Warum lässt unsere Gesellschaft so etwas zu? Warum sind wir so unfähig, den Feinden der demokratischen, offenen, toleranten und meiner Meinung nach bunten Gesellschaft entgegenzutreten? In der „Zeit“ las ich gerade, dass die Eingangstür der Synagoge in Halle nach dem rechten Terroranschlag „künstlerisch gestaltet“ werden soll. Künstlerisch gestalten – ist das wirklich unsere Antwort auf den Hass und die Gewalt? Auf Nazis, Reichsbürger, Antifa und Judenfeinde?

Mit Verfassungsfeinden und Gewalttätern demonstriert man nicht - niemals!

Die AfD hat im niedersächsischen Salzgitter ihren Neujahrsempfang veranstaltet. Bei sowas ist draußen vor der Tür immer was los, vielleicht dieses Mal sogar noch etwas mehr, weil Festredner Andreas Kalbitz von der Brandenburger AfD war, neben Björn Höcke wichtigster Exponent des „Geflügels“ und stramm auf Rechtsaußenkurs.

Vor der Tür ein paar hundert Demonstranten, aufgerufen von der linksextremen Anarchotruppe „Die Partei“, die sogar im EU-Parlament vertreten ist. Also auf den ersten Blick alles wie immer, die AfD ist da, die Gegendemo ist da, die Polizei ist da. Soweit so gut oder auch schlecht.

Was in den sozialen Netzwerken seit heute morgen für Aufregung sorgt, ist ein Foto, das flatternde Fahnen der linksradikalen „antifa“ und der eigentlich bürgerlichen Volkspartei CDU nebeneinander zeigt. Und die Aufregung ist absolut berechtigt. Ist der gemeinsame Feind eines Feindes automatisch mein Freund? Ich denke nicht.

Zehntausende Demonstranten zogen am 8. November 1992 durch das gerade wiedervereinigte Berlin. Parteien, Gewerkschaften und Kirchen hatten dazu aufgerufen und allen voran der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Unter dem Eindruck der schockierenden Bilder aus Rostock, wo Wochen vorher ein rechtsradikaler Mob tagelang ein Asylbewerberheim angegriffen und dann in Brand gesteckt hatte, wollte das anständige Deutschland, wollte die viel zitierte Zivilgesellschaft ein machtvolleres Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Hass setzen. Und alle wichtigen Repräsentanten unseres Staates waren dabei - außer denen von der CSU. Aber neben dem Bundespräsidenten liefen Bundeskanzler Helmut Kohl, Mitglieder seines Kabinetts, mehrere Ministerpräsidenten und zahllose Abgeordnete mit. Das Motto der Demo: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Der Artikel 1 unseres Grundgesetzes.

Es hätte alles so schön werden können, wurde es aber nicht.

Ich selbst war damals auch zu der Demonstration gegangen, nicht um meiner Profession als Journalist zu folgen, sondern privat. Weil ich mitmachen wollte, dem Nazi-Pöbel nach Rostock nicht die Straßen zu überlassen. Doch nach wenigen Minuten in der Menge stellte ich fest, dass sich verdammt viel Pöbel rings um mich herum tummelte. Ältere Leute mit DKP- und MLPD-Fahnen, junge Leute mit antifa-Fahnen und -antifa-Transparenten zuhauf. Klar, auch viele von DGB, SPD und Grünen und sogar ein paar der CDA, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), die heute nur noch Plattform für ein paar CDUler ist, die auf diese Weise auf sichere Listenplätze platziert werden können. Ansonsten würde es kaum jemandem auffallen, wenn die CDA morgen einfach nicht mehr da wäre.

Ich fühle mich damals unwohl zwischen all den alten SED-Kadern und all den jungen Linksradi­kalen verschiedener Splittergruppen – nicht der CDA natürlich.

Etwa 200 autonome Schläger drangen bei der Abschlusskundgebung im Lustgarten in unauffälliger Kleidung direkt zur Bühne vor, bewarfen den Bundespräsidenten mit Eiern und Farb­beuteln. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel wurde zu Boden gerissen, ein Beamter des Bundesgrenzschutzes gab Warnschüsse ab. Die Polizei war heillos überfordert. Und 50.000 friedliche Berliner waren fassungslos, was sich vor ihren Augen abspielte – so wie ich auch. Ich weiß noch, dass ich mir auf dem Nachhauseweg vornahm, zukünftig auch für eine gute Sache nicht mit extremistischem Pöbel Seite an Seite zu....marschieren sowieso nicht.

Muss man gegen Extremisten demonstrieren? Unbedingt. Besteht die AfD unisono aus Extremisten? Das ist absurd! Heiligt der Zweck die Mittel? Nein, an der Seite von Verfassungsfeinden, die unsere Gesellschaft zerstören wollen und offen Gewalt gegen Andersdenkende oder auch Polizisten – wie zuletzt in Leipzig – praktizieren, demonstrieren Demokraten nicht. Sollte die Union nicht tun und übrigens sollten auch SPD und Grüne nicht tun. Aber da sind alle Dämme schon vor vielen Jahren gebrochen. Nun also die CDU in Salzgitter.

Tobias Bringmann, ehemaliger CDU-Pressesprecher in Baden-Württemberg, twitterte zur Diskussion um die gemeinsamen Fahnen, CDU und antifa hätten eben aus der Geschichte gelernt. *Hashtag: #keinenmilimeternachrechts*. Nein, Herr Bringmann, die CDUler, die da an der Seite von linken Verfassungsfeinden demonstrieren und Sie haben überhaupt nichts aus der Geschichte gelernt. Mit Extremisten macht man nie gemeinsame Sache, egal von welcher Seite sie kommen und um was es geht.

Brennpunkt Iran: Ist in einem unerklärten Krieg alles erlaubt?

Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe und wird wohl nie zur Ruhe kommen. Nach Libyen, Syrien und dem Irak nun also der Iran. Wieder der Iran. Ich war noch nie dort, lese immer von Atommachtgelüsten der Mullahs, von Vernichtungsphantasien gegenüber Israel und aufgehängten Homosexuellen. Kein sympathisches Land, sollte man meinen. Freunde, die dort waren oder von dort stammen, berichten von gebildeten und kultivierten Menschen und von Jugendlichen, die den westlichen Lebensstil durchaus zu schätzen wissen.

Nun also die Tötung des iranischen Generals Ghassem Soleimani in Bagdad mittels einer amerikanischen Drohne. Angeblich hat US-Präsident Donald Trump die Liquidierung des Mannes persönlich angeordnet, der sicherlich ein übler Bursche und für den Tod vieler Menschen – auch Amerikaner – persönlich verantwortlich ist.

Darf man sowas tun wie Trump, wenn man sich nicht in einem offenen Krieg befindet? Nein, darf man nicht. Darf man seinen Todfeinden nur wohlte,perierte Briefe schreiben, um sie nicht zu reizen? Natürlich auch nicht. Regime wie in Teheran aber auch in vielen anderen Staaten der Welt, allen voran Großmächte wie China und Russland, scheren sich einen Dreck um unsere moralischen Standards im Westen. Das ist bedauerlich, denn zivilisierter Umgang ist nicht nur in einer Gesellschaft, sondern auch im Umgang mit anderen Staaten ein hohes Gut. Aber die Welt ist (leider) nicht so, wie sie sein könnte, wenn sich alle an die Spielregeln hielten. Die Welt ist ein ungemütlicher Ort, und auch wenn wir im Westen weiter „die Guten“ sein wollen, sind Konflikte mit Despoten. Diktaturen und besonders Atommächten nicht mit Heiko Maas – für mich der schwächste deutsche Außenminister aller Zeiten – und Diversity-Programmen zu lösen. Hitler-Deutschland wurde nicht von Sozialarbeitern und einem Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk befreit, sondern von Soldaten. Und mit Waffen.

Unter dem öffentlichen Radar passiert etwas Unglaubliches

Wenn man nicht offen für etwas Neues ist, wenn man nicht hinschaut oder eigene Vorurteile pflegt, dann sieht man auch nicht, wenn sich etwas Bahnbrechendes ereignet. Etwas Unvorstellbares. So wie einst die Perestroika Gorbatschovs, die Öffnung für etwas ganz und gar Unerhörtes, das kaum jemand für möglich, ja auch nur für vorstellbar gehalten hat.

Halten Sie mich für einen Phantasten, für einen Spinner, aber ich bin überzeugt, dass wir in den nächsten Jahren eine Renaissance des christlichen Glaubens in Deutschland erleben werden, die heute kaum einer für möglich hält.

Vor zwei Jahren war ich bei der großen Gebetskonferenz (wie das schon klingt) mit dem Titel MEHR (was soll das denn?) und war schon damals überrascht und begeistert. Dieses Mal kann ich nicht dabei sein, aber ich sitze zu Hause stundenlang vor dem PC-Bildschirm und verfolge atemlos den Livestream aus Augsburg.

Johannes Hartl heißt der Mann, ein katholischer Theologe, ein Intellektueller Gottes, der die Kirche Jesu in Deutschland mit den Mitteln der modernen Gesellschaft in eine neue Zeit führt. Ein mitreißender Prediger, die MEHR ein Gesamtkunstwerk, wie es das in Deutschland noch niemals gegeben, bei allem ehrlichen Respekt vor den seit Jahren bestehenden evangelikalischen Großtreffen. Hartl hat sich das

angeschaut, kein Zweifel. Aber er hat es weiterentwickelt, eine phantastische Symbiose aus Gebet und Vortrag, aus Ästhetik, Kunst und Kultur, aus Lobpreis. Der absolute positive Wahnsinn.

Ja, ich bin vom alten Schlag, ich liebe die Liturgie meiner Kirche, gregorianische Choräle und den Duft von Weihrauch. Ich gehöre eigentlich nicht zu dem, was gerade in Augsburg passiert. Aber es steckt mich an, es berührt mich unglaublich. Danke, Johannes!

Der „Kampf der Kulturen“ tobt im schwäbischen Wallerstein

Sener Sahin, Spitzenkandidat der CSU für die anstehende Bürgermeisterwahl, gibt auf. Der 44-jährige Unternehmer (Maschinenhandel) hat sich dem Widerstand aus der eigenen Partei gebeugt.

Sahin besitzt in Wallerstein einen Maschinenhandel. Im benachbarten Nördlingen geboren, ist er mit einer christlichen Frau verheiratet. Die beiden haben zwei Kinder. Er hat als Trainer beim TSV Nördlingen, beim FSV Reimlingen, beim SC Wallerstein und beim SV Holzkirchen gearbeitet.

Aber Sahin ist halt Muslim, hat türkischer Wurzeln. Und das geht gar nicht, wie viele seiner Parteifreunde meinen. Nach der Nominierung durch den Parteivorstand hagelte es Proteste aus der Partei, denn „Muslim und Christlich-Soziale Union, das geht gar nicht“. 15 CSU-Kandidaten für den Stadtrat drohten, ihre Kandidatur zurückzuziehen. Auch der nordschwäbische Bundestagsabgeordnete Ulrich Lange sprach sich gegen eine Kandidatur Sahins aus.

„Ich habe von Anfang an gesagt: Wenn die Mitglieder nicht hinter mir stehen, dann mache ich das nicht“, sagt Sahin. Er wolle nicht, dass der Ortsverband kaputtgehe. Bisher war er kein CSU-Mitglied, wollte aber als Kandidat in die Partei eintreten. Und niemand zweifelte an seiner Qualifikation für so ein Amt. Hinzu kommt: Die CSU hat keinen anderen und wird wohl zur Kommunalwahl keinen Bürgermeisterkandidaten aufstellen. Hauptsache kein Muslim.

Ich halte das für problematisch, wohl wissend, dass in diesem Land Muslime leben, die sich nicht integrieren wollen. Und wenn hier Millionen Menschen leben, die sich zum Islam bekennen, dann habe nicht ich die Tore weit geöffnet, aber sie sind nun einmal hier. Die kann man sich nicht einfach wegdenken, so wie das politische Establishment das gern mit der AfD in den Parlamenten machen möchte.

Viele Muslime besonders aus der Türkei sind in Deutschland bestens integriert und assimiliert, sie arbeiten hier, zahlen Steuern, erziehen ihre Kinder zu anständigen Menschen. Und da sind noch die anderen, die all das nicht tun. Und deshalb muss man genau hinschauen, aber denen, die sich in unsere

Gesellschaft einbringen wollen, die sogar für eine C-Partei in die Kommunalpolitik einsteigen wollen, die Tür vor der Nase zuschlagen? Für mich gilt: die, die etwas für unsere Gesellschaft leisten, die hier gerne leben wollen, sind herzlich willkommen. Egal, an welchen Gott sie glauben. Sahin sagt, er sei der CSU nicht böse. Aber auch: „Ich war bestimmt öfter in der Kirche als die, die mich jetzt nicht wollen.“

Unser Staat ist so erschreckend wehrlos gegen politische Gewalt

Mit Gewalt gegen Sachen fängt es immer an, doch darüber sind wir längst hinaus. Mit einer Reihe von „Aktionen“ hat die linksradikale Szene in Deutschland in der Silvesternacht belegt, wie quicklebendig ihr Schlägertrupps heute wieder sind. Vor den G20-Krawallen in Hamburg hatte ja Bundesfamilienministerin Schwesig getönt, Linksextremismus sei kein Problem in Deutschland – und die jährlichen Mittel für den „Kampf gegen rechts“ auf über 100 Millionen Euro angehoben. Ein schönes Zubrot für diese reizenden jungen Leute. Kind, was willst Du den später mal beruflich machen? Ich werde Kämpfer-gegen-Rechts, Papa!

Es ist der reine Wahnsinn, was sich derzeit in diesem Land abspielt. Schwere Krawalle in Leipzig-Connewitz mit verletzten Polizisten, brennende Autos überall in Berlin (u.a. auf meinen großartigen Kollegen Gunnar Schupelius), Angriffe auf Schulen (wie in Wolfsburg) und andere öffentliche Gebäude. Mal sind es die neuen linksextremen Sturmabteilungen (SA), die Gewalt gegen Sachen ausüben, mal sind es „Hausbesuche“ bei freien Richtern wie kurz vor Weihnachten in Buxtehude. Mal werden demokratische Dozenten aus Universitäten vertrieben wie Christian Lindner (FDP) oder Bernd Lucke. So ähnlich muss es in den 20er Jahren angefangen haben, aber unter anderen Vorzeichen.

Es brodelt unter der Oberfläche dieser Gesellschaft, und damit meine ich ausdrücklich auch die neuen Nazis, die einen Landrat in Hessen erschießen oder andere Unschuldige auf offener Straße in Halle. Diese Gesellschaft gerät total aus de Fugen, und was machen unsere verantwortlichen Politiker eigentlich beruflich? Man darf nicht pauschal über „die Politiker“ urteilen, da gibt es solche und solche, wie überall im Leben. Aber wo sind eigentlich die Autoritäten unseres Staates, wenn man sie mal braucht? Wann hören wir von Frau Merkel oder Herrn Steinmeier mal etwas zur politisch motivierten Gewalt am Jahreswechsel und überhaupt. Frau Merkel heute vor Fernsehkameras an einer Straße in Connewitz – das wäre mal was.

GASTSPIEL VERA LENGSFELD: Ein Fluch den Zerstörern unserer Lebensweise

Vergangenen Samstagabend besuchte ich eine Aufführung des Weihnachtsoratoriums von Johann Sebastian Bach in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Es war das traditionelle Konzert des Bach-Chors unter Leitung des wunderbaren Achim Zimmermann.

Auf dem Weg zur Vorstellung verweilte ich kurz an der Stelle, an der von den Berlinern und ihren Gästen immer noch der Opfer des Anschlags auf den hiesigen Weihnachtsmarkt vor drei Jahren gedacht wird. Schon diese kleine Andacht war ein Symbol dafür, dass nichts mehr ist, wie es mal war. Unsere Gesellschaft hat sich drastisch geändert, und im Gegensatz zu einer notorischen grünen Politikerin kann ich mich nicht darüber freuen. Ich dachte an Anabel Schunkes Artikel auf der „Achse des Guten“ darüber, wie mies die Opfer des Anschlags von der Politik vernachlässigt werden, daran, dass es der Senat nicht für nötig gehalten hat, die Betroffenen zur diesjährigen Gedenkfeier einzuladen, an den Untersuchungsausschuss, der herausgefunden hat, dass die Merkel-Regierung alles unterließ, was den Anschlag hätte verhindern können. Aktuell läuft in unseren Kinos ein Film, „Der letzte Bulle“, in dem die arabischen Clans verherrlicht werden und die Polizei verunglimpft wird. Die Frage ist nicht, ob der nächste Anschlag kommt, sondern nur, wann. Ich zündete eine Kerze an und ging weiter zum Konzert.

Die Kirche war bis auf den letzten Platz besetzt. Nur ganz am Rand hatte man einige zusätzliche Stühle für Leute wie mich aufgestellt, die auf den letzten Drücker kommen. Von Beginn an, den ersten Tönen von „Jauchzet, frohlocket!“ vergaß ich die Welt. Die Musik führte das Publikum in himmlische Sphären. Unter den Arien und Chören befinden sich Kostbarkeiten ersten Ranges, wie die Arie „Schließe, mein Herze“ oder „Frohe Hirten, eilt, ... sucht die Anmut zu gewinnen“, oder der Chor „Brich an, du schönes Morgenlicht“. „Edleres hat Bach in dieser Form nie geschaffen“, steht im Programmheft. Dem habe ich nichts hinzuzufügen. Wer Bach hört, weiß, was die Stärke unserer Kultur ausmacht.

Beim Schlusschor „Tod, Teufel, Sünd und Hölle sind ganz und gar geschwächt“ fühlte ich mich gestärkt und getröstet. Nach Verklingen der Musik verharrte das Publikum in ergriffenem Schweigen, ehe der Beifallssturm losbrach.

Als wir die Kirche verließen, lud der Weihnachtsmarkt zum Schlendern ein. Er war immer noch gut besucht, aber Glühwein konnte man schon ohne längeres Anstehen bekommen. Wir waren gerade dabei, uns für einen Stand zu entscheiden, als Polizisten mit der Waffe im Arm begannen, den Markt zu räumen. Sie machten das sehr professionell und unter Verzicht auf Lautsprecherdurchsagen. Das verhinderte eine Panik, denn etliche vor allem junge Leute um uns herum waren sofort äußerst erregt und ängstlich und begannen zu drängeln. Auf allen Gesichtern sah ich die Furcht vor einem Terroranschlag.

Die Räumung verlief zügig, keiner widersetzte sich. Mein Hochgefühl war vollständig verfliegen, und ich

spürte, wie sich mein Magen verkrampfte. Das Unbehagen wurde verstärkt, als schwarzbehelmete Motorradfahrer mit etwa hundert Sachen vorbeipreschten, gefolgt von einem Sportwagen mit Tarnbemalung und laut heulendem Motor.

Wir tun jeden Tag so, als ob unser Leben ganz normal weiterginge. Aber unsere Art zu leben ist bereits zerstört. Die Leichtigkeit unseres Seins ist uns genommen, unsere Sorglosigkeit dahin. Wir können reden, lachen, genießen, Musik hören, mit unseren Kindern spielen, aber nichts mehr davon können wir unbeschwert tun. Merkelpoller, Sicherheitsdienste bei Veranstaltungen, die Unsicherheit des öffentlichen Raums sind mittlerweile unser Alltag. Bald wird man vergessen haben, dass es einmal eine Zeit gab, in der sich auch Frauen und Kinder angstfrei bewegen konnten.

Unsere tägliche Gehirnwäsche sagt uns, dass wir im sichersten Deutschland leben, das wir je hatten, wenn sich auch Terror und Tötungsdelikte etwas vermehrt haben. Weil es sicher ist wie nie, bewegen sich die Politiker, die uns das eingebrockt haben, nur noch mit Personenschutz und in gepanzerten Dienstlimousinen durch die Gegend. Demnächst wird sogar ein Sicherheitsgraben um den Bundestag gezogen.

Ich kann diese Leute nicht mehr ertragen. Ich möchte sie am liebsten, wie im Gedicht die schlesischen Weber, verfluchen.

Dieser Gastbeitrag erschien am 26. Dezember 2019 bei [eigentümlich](#) frei.

Die Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld publiziert regelmäßig auf Ihrem herausragenden [Blog](#).

„ne alte Umweltsau“: Die Staatssendeanstalten sind komplett außer Kontrolle geraten

Die öffentlich-rechtliche Staatssendeanstalt im Westen – kurz WDR – ist in aller Munde. Nicht wegen ihres Informationsprogramms, exklusiver Beiträge zum Beispiel, die die Republik erschüttern, oder brillanter wissenschaftlicher Dokumentationen, sondern wegen eines abstoßenden Spottgesangs, dargeboten vom WDR-Kinderchor Dortmund. Fast 20.000 Bürger, die meisten zweifellos Gebührenden, haben bis jetzt auf Facebook massive Kritik an dem Schmierstück geübt.

Zur Melodie von „Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad“ trällern die lieben Kleinen:

„Meine Oma fährt im Hühnerstall Motorrad. Das sind tausend Liter Super jeden Monat. Meine Oma ist 'ne alte Umweltsau.“

Viel ist inzwischen darüber geschrieben worden von den großartigen Kollegen auf ihren bürgerlichen Blogs und alternativen Medien. Und weil ich der Meinung bin, es muss nicht jeder zu jedem Thema das Gleiche nochmal schreiben, ganz in Kürze:

Es ist eine Frechheit von denen, die diesen hämischen und entwürdigenden Text formuliert haben.

Es ist die Instrumentalisierung von Kindern zum Zweck der politischen Diffamierung Andersdenkender, wie man es aus den ganz üblen Zeiten der deutschen Geschichte kennt.

Es ist ein Verstoß gegen den Anstand und respektlos gegenüber den alten Menschen, denen wir alle so viel zu verdanken haben.

NRW-Ministerpräsident Armin Laschet, der als Aspirant für den Job des Kanzlerkandidaten seiner Partei genannt wird, schimpfte passend auf Twitter „Grenzen des Stils und des Respekts gegenüber Älteren“ seien überschritten worden. Und WDR-Intendant Tom Buhrow entschuldigte sich schließlich auch öffentlich für die geschmacklose Fehlleistung seines Senders, nach dem der WDR das Video von dem Auftritt bereits am Freitagabend gelöscht hatte.

An dieser Stelle könnte die Geschichte enden. Könnte. Endet sie aber leider nicht.

Denn nun tritt WDR-Mitarbeiter Danny Hollek auf den Plan und zerstört mit einem einzigen Tweet alles, was sein Intendant Buhrow zuvor mit seiner lauen Entschuldigung versucht hatte, aufzubauen. Hollek twitterte:

„Lass mal über die Großeltern reden, von denen, die jetzt über #Umweltsau aufregen. Eure Oma war keine #Umweltsau. Stimmt. Sondern eine #Nazisau.“

Wenn das nicht Hetze ist, was ist dann Hetze? Von einem Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen WDR, der von uns allen mit Zwangsgebühren bezahlt werden muss. Weil es die Politik so will. Im Internet ist heute an vielen Stellen zu lesen, dass Hollek zumindest in seiner Vergangenheit Verbindungen ins linksextreme antifa-Milieu hatte. Er habe einen linksextremen Blog betrieben und sei sogar mal Gegenstand polizeilicher Ermittlungen gewesen. Das kann ich am Sonntagabend nicht so schnell checken und deshalb auch nicht behaupten, dass es so war. Aber ich kann Sie informieren, dass andere im Netz darüber schreiben.

Auch Zeljo Davutovic, Leiter des WDR Kinderchors Dortmund, hat sich inzwischen vielsagend entschuldigt. Auf der [Webseite](#) des WDR Kinderchores schreibt Davutovic:

„Es gab keinen Zwang und es wurde niemand instrumentalisiert“

Einen Absatz weiter heißt es dann:

„Den teilnehmenden Kindern wurde erklärt, was die Parodie bezwecken soll.“

Ja, was denn nun? War dieser selten blöde Liedtext die Idee der Kinder? Oder stammt das Machwerk von Erwachsenen, die den Kindern vorher erklärten...wofür sie instrumentalisiert werden sollen?

Sich heute Abend um 20.15 den *Polizeiruf 110* reinzuziehen (der sinnigerweise den Titel „Tod einer Journalistin“ trägt) und nächste Woche dann GEZ-Gebühren zu zahlen, nachdem wir alle uns erst aufgeregt und dann auch wie üblich wieder abgeregt haben, darf nicht die Lösung sein.

Das Öffentlich-Rechtliche System insgesamt muss auf den Prüfstand! Nicht nur - schlimm genug - die Herabwürdigung der Lebensleistung älterer Menschen. Nicht nur der Hetzer Hollek. Es muss hinterfragt werden, was da für Leute mit welchem Hintergrund und im schlimmsten Fall mit welchem Auftrag und von wem sie die gewaltigen Möglichkeiten des Öffentlich-Rechtlichen Systems nutzen? Wer stellt solche Holleks ein? Und warum? Was ist seine Qualifikation?

Und ist die Dauerberieselung durch platte Unterhaltung, ist die Finanzierung von Dudelsendern mit politischer Beeinflussung, dümmlichster Comedy, ja ist der kommerzielle Massensport eine Staatsaufgabe? Ich würde mir wünschen, dass die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern den aktuellen Skandal beim WDR zum Anlass nehmen, sich endlich mit diesem Moloch kritisch und grundsätzlich zu beschäftigen.

GASTSPIEL Boris Reitschuster: Der Gleichheits-Wahn

„Wir träumen den jakobinischen Traum von der großen Gleichheit. Wir wollen ihn in Wirklichkeit übersetzen. Das macht uns diktaturfähig. Das macht uns moralisch überlegen. Das macht uns so furchtbar“ - das schreibt Alexander Will, Nachrichtenchef der Nordwest-Zeitung in Oldenburg, auf *twitter*.

Alexander Will, ein Fels der Vernunft in der Brandung des von „Haltung“ geprägten Journalismus, trifft damit den Nagel auf den Kopf. Denn der Traum von so vielen Linksgrünen, die heute ihre Lufthoheit über dem Meinungskorridor (v)erbittert verteidigen, ist die Gleichheit aller Menschen. Darauf arbeiten sie mit

aller Gewalt hin – oft ohne zu verstehen, wie realitätsfern das ist, wie dumm – und vor allem wie gefährlich.

Der konkrete Auslöser für Wills Klage war eine Meldung der *Frankfurter Allgemeine (FAZ)*, einst Flaggschiff der Konservativen in Deutschland, heute mit klarer linksgrüner Schlagseite:

Wills Konter: „Hier zeigt sich das deutsche Wesen: Wir hassen Erfolg, Aufsteiger, Macher. Wir hassen „Reiche“, wobei der Begriff je nach Lage flexibel ist. Wir lieben Gleichmacherei. Was über den Durchschnitt herausragt, wird abgeschnitten.“

Und genau dieser Hang zur Gleichmacherei – den ich allerdings mehr in der Elite sehe als bei der Bevölkerung – ist für einen großen Teil unserer aktuellen Probleme verantwortlich. In dem Beispiel mit den 750.000 Euro Jahresbezügen kann man noch streiten; aber dass der Spitzensteuersatz heute für einen Alleinstehenden bereits bei einem Einkommen von 4.663 Euro im Monat beginnt, zeigt, welche Auswüchse die Gleichmacherei erreicht hat.

Linker Extremismus wurde im Gegensatz zum rechten in Deutschland nie geächtet. Schlimmer noch: 30 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer ist er wieder salonfähig. Stalins und Lenins wichtiger Leitsatz war die Schaffung eines neuen, gleichen Menschen. Sie wollten die Gesellschaft wie Knetmasse formen, von oben herab, mit Gewalt und Umerziehung, In der wahnartigen Überzeugung, Moral und Wahrheit im. eigenen Besitz zu haben.

Lenin (und Bucharin) wird der Satz zugeschrieben, jede Küchenhilfe könne den Staat führen. Von solchem Wahnvorstellungen bis zum heutigen Glauben, man könne aus jedem pakistanischen Bauern eine Fachkraft oder gar einen Ingenieur machen, ist es nicht weit. Der Wind eines jakobinisch-leninschen Gleichheitswahns weht durch Deutschlands Parlamente, Ämter und Redaktionen. Aus der wunderbaren Idee, dass alle Menschen die gleichen Rechte, Pflichten und nach Möglichkeit auch Chancen haben sollten, bzw. in der sozialdemokratischen Version, dass für einen gewissen Ausgleich zwischen besser und schlechter Gestellten gesorgt werden sollte, wurde der Wahn, man bzw. der Staat müsse alle Menschen gleich machen.

Dieser Wahn bringt unser Land immer mehr auf Abwege. Erfordert der Glaube an ihn doch geradezu zwangsweise, dass man gewisse Unterschiede zwischen Menschen, etwa bei Gewaltbereitschaft, kulturellem Hintergrund etc. abstreiten muss. Und damit auch die vielen Nachrichten zumindest herunterspielen, die diese Unterschiede zu Tage befördern. Unterschiede zwischen den Menschen werden nicht mehr als etwas Positives begriffen, ohne das unser Leben langweilig wäre (die aber auch für viele Gefahren verantwortlich sind – sie werden vehement abgestritten. Wer dem Gleichheits-Dogma nicht folgt, wird schnell verketzert, also diffamiert; etwa, indem er zum Rassisten erklärt wird (neudeutsch für das, was unter Lenin der Volksfeind war; weitere Synonyme sind „rechts“ und „Nazi“).

In letzter Instanz muss die jakobinisch-leninsche Gleichmacherei geradezu in die Diktatur führen. Das wird ggf. keine alte, klassische Diktatur sein, sondern eine moderne Form, die auch nicht auf den ersten Blick als solche zu erkennen sein wird. Etwa eine Meinungsdictatur. Wir bewegen uns in erschreckender Geschwindigkeit in diese Richtung – was auch dadurch klar wird, wie allergisch diejenigen, die für diese Entwicklung verantwortlich sind, auf eben die Benennung dieser Gefahr reagieren. Inzwischen geht es

nicht mehr darum, der Anfänge zu erwehren. Sondern den weit fortgeschrittenen Weg in den Gleichmachungs-Staat zu stoppen.

Dieser Betrag erschien zuerst auf www.reitschuster.de .